

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
D-10557 Berlin

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
	AM200095/03-002	27. Juli 2020
Akte	Anlagen	E-Mail
Muller/advies	0	a.hagedorn@vandiepen.com

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

namens des niederländischen Staatsangehörigen Herrn Salo Muller, geboren 1936, dessen rechtliche Interessenvertretung ich wahrnehme, wende ich mich an Sie mit dem folgenden Anliegen.

Wie Ihnen möglicherweise bekannt ist, hat im Sommer 2019 die niederländische Bahn (*Nederlandse Spoorwegen*) entschieden, 500 Holocaust-Überlebenden und tausenden direkten Nachkommen eine finanzielle Vergütung zukommen zu lassen. Es geht um Juden, Roma und Sinti, die mit den Zügen der Bahn in das Konzentrationslager Westerbork transportiert wurden und danach durch die Nazis in die Vernichtungslager in Osteuropa per Bahn weitertransportiert wurden. Der Transport durch das Gebiet des Deutschen Reiches wurde von der Deutschen Reichsbahn durchgeführt. Die niederländische Bahn hat sich bereit erklärt, 500 Überlebenden € 15.000 pro Person und den übrigen beinahe 6000 Nachkommen und Witwen eine Vergütung von € 7.500 zukommen zu lassen. Für Kinder, die nach dem 7. Mai 1945 geboren sind, beträgt die Vergütung € 5.000. Herr Salo Muller war federführend in die Verhandlungen mit der niederländischen Bahn eingebunden und durfte zusammen mit dem CEO der niederländischen Bahn, Herrn Roger von Boxtel, diese Regelung öffentlich bekannt machen.

Mein Mandant hat unter anderem seine Eltern in den Vernichtungslagern verloren. Er selbst konnte den Holocaust in seinem Versteck zum Glück überleben.

Mein Mandant hält es an der Zeit, dass auch die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verantwortung für dieses Unrecht nachkommt. Selbstverständlich ist es meinem Mandanten bewusst, welche

Rechtsstruktur im Hinblick auf die Bahnreform gewählt wurde. Es ist meinem Mandanten auch bewusst, dass das Sondervermögen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundesbahn im Bundeseisenbahnvermögen zusammengefasst wurde. Dies enthebt aus Sicht meines Mandanten die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht von der zumindest moralischen Verpflichtung, den damaligen Opfern entgegen zu kommen.

Meinem Mandanten ist weiter bewusst, dass die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ins Leben gerufen wurde, um Opfern des Holocaust finanziell entgegen zu kommen. Aus Sicht meines Mandanten entbindet dies jedoch nicht die Bundesrepublik Deutschland. Im Übrigen ist dies niederländischen Juden, Roma und Sinti weitestgehend nie bewusst gewesen. Wegen der verschiedenen Zuständigkeiten haben wir einen gleichlautenden Brief geschickt an:

- das Bundeseisenbahnvermögen, vertreten durch die Präsidentin Frau Marie-Theres Nonn,
- den Bundesminister für Verkehr- und Digitale Infrastruktur, Dr. Andreas Scheuer,
- die DB Netz AG, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Frank Sennhenn,
- die DB AG, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Dr. Richard Lutz und
- den Bundesfinanzminister, Herrn Olaf Scholz.

Anlässlich der jährlichen Gedenkfeier in den Niederlanden für die Opfer des Zweiten Weltkrieges hat dieses Jahr zum ersten Mal seit 75 Jahren wieder ein Mitglied des niederländischen Königshauses gesprochen. König Willem-Alexander referierte dabei an ein Gespräch, das er vor sechs Jahren in der berühmten Westerkerk in Amsterdam mit dem 93-jährigen Jules Schelvis geführt hat, der seine Reise nach Sobibor im Juni 1943 schilderte. König Willem-Alexander führte am 4. Mai 2020 in diesem Zusammenhang aus:

„Da stand er, zerbrechlich aber ungebrochen, in einer vollen, mäuschenstillen Kirche. Er sprach über den Transport mit 62 Menschen in einem Viehwagon. Über die Tonne auf dem leeren Fußboden. Über den Regen, der durch die schmalen Ritzen spritzte. Über den Hunger, die Erschöpfung, den Dreck. ‚Man sah aus wie ein Ferkel‘, sagte er. Man hörte an seiner Stimme, wie schlimm das für ihn gewesen war.

Er erzählte, wie die Uhren bei der Ankunft durch Soldaten von den Handgelenken gerissen wurden. Wie er seine Frau Rachel in dem Chaos verloren hatte. Niemals sah er sie wieder.

‚Welcher normale Mensch hatte dies bedenken können? Wie konnte die Welt zulassen, dass wir, rechtschaffende Bürger der Niederlande, als Abschaum behandelt wurden?‘ Seine Frage

blieb zwischen den Säulen der Kirche hängen. Ich habe keine Antwort drauf. Noch immer nicht.“

(Übersetzung des Unterzeichners)

Diese beeindruckenden Worte des niederländischen Königs zeigen das Leid, das die 107.000 niederländische Juden erleben mussten, als sie von der Deutschen Reichsbahn in die Vernichtungslager transportiert wurden - auf dem Schienennetz, das bis heute noch benutzt wird.

Besonders verwerflich wird dieses zugefügte Leid, wenn man weiß, dass die abtransportierten Juden größtenteils die Transportkosten selbst bezahlen mussten.

Nach Berechnungen hat die Deutsche Reichsbahn von den niederländischen Juden Millionen Reichsmark für die Transporte in den Jahren 1941-1944 erhalten.

Mein Mandant ist der festen Überzeugung und der Hoffnung, dass diese Verantwortlichkeit jetzt auch gegenüber den niederländischen Opfern anerkannt wird.

Mein Mandant ist gerne bereit, dies auch in einem persönlichen Gespräch zu erläutern.

Hochachtungsvoll


Prof. Dr. Axel Hagedorn
Rechtsanwalt & advocaat